

Auf verschiedenen Umlaufbahnen: die Abgeordneten des Deutschen Bundestags und des Europäischen Parlaments müssen besser zusammenarbeiten

Łada, Agnieszka

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Łada, A. (2013). *Auf verschiedenen Umlaufbahnen: die Abgeordneten des Deutschen Bundestags und des Europäischen Parlaments müssen besser zusammenarbeiten*. (DGAP-Analyse, 6). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-55245-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

DGAPanalyse

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Hrsg.)

Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e.V.

August 2013 N° 6

Auf verschiedenen Umlaufbahnen

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags
und des Europäischen Parlaments
müssen besser zusammenarbeiten

von Agnieszka Łada

Zusammenfassung / Summary

Agnieszka Łada

Auf verschiedenen Umlaufbahnen

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags und des Europäischen Parlaments müssen besser zusammenarbeiten

Der Vertrag von Lissabon hat die Rolle des Europäischen Parlaments in den Entscheidungsprozessen der EU deutlich gestärkt. Auch der Deutsche Bundestag hat in den letzten Jahren, vor allem nach den jüngsten Urteilen des Bundesverfassungsgerichts und den notwendigen Beschlüssen zur Reform der Eurozone, an Bedeutung in Europa-Fragen gewonnen. Um ihre parlamentarischen Befugnisse in einem vernetzten System wie der Europäischen Union ausüben zu können, brauchen die Abgeordneten beider Parlamente zunehmend Kenntnisse über die Verzahnung der EU-Politik zwischen der europäischen Ebene und den Nationalstaaten. Umso wichtiger wird der Austausch und die Koordinierung zwischen den Abgeordneten des Deutschen Bundestags und den Mitgliedern des Europäischen Parlaments. Heute drängt sich aber immer noch der Eindruck auf, dass die jeweiligen Parlamentarier auf zwei verschiedenen Umlaufbahnen kreisen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Umfeld der Parlamentarier in Berlin und Straßburg bzw. Brüssel arbeiten, erscheinen wie Satelliten, die eine Verbindung zwischen diesen Umlaufbahnen gewährleisten sollen. Der gegenwärtige Stand des Austauschs und der Koordinierung reicht aber noch nicht aus, um die nationalen und europäischen parlamentarischen Arenen nachhaltig miteinander zu verbinden. Die zunehmende Europäisierung der Politik auf der nationalen Ebene, gerade im Zuge der Krise der Währungsunion, macht es für beide Seiten erforderlich, die gegenseitige Verzahnung ernsthaft wahrzunehmen. Die im Herbst 2013 anstehenden Bundestagswahlen sowie die Europa-Wahl im Mai 2014 bieten die Chance, notwendige Veränderungen in die Tat umzusetzen.

In Different Orbits

Members of the German Bundestag and the European Parliament need to cooperate more

The Lisbon Treaty greatly expanded the role of the European Parliament in decision-making processes in the European Union. In the past few years the German Bundestag has also gained importance in European matters, specifically following recent decisions by the Federal Constitutional Court and the resolutions on Eurozone reforms. In order to carry out their parliamentary duties in an interconnected system like the European Union, delegates of both national parliaments and the EP require knowledge of the overlaps between European politics at the EU and national levels. Exchange and cooperation between delegates of the Bundestag and members of the European Parliament are growing increasingly important. But today there is still the impression that European and national parliaments are moving in two separate orbits. Staffers that work closely with MPs in Berlin and Strasbourg, as well as in Brussels, should function as a link between orbits. However, the current level of exchange and coordination does not sufficiently connect the national and European parliamentary arenas with one another. The increasing Europeanization of politics at the national level, specifically over the course of the crisis in the economic union, requires both sides to take the mutual interdependencies more seriously. The autumn Bundestag elections, as well as the European elections in May 2014, provide the chance to implement necessary changes.

Inhalt

Einführung	5
Wachsende Rolle der Parlamente.....	5
Herausforderung 1: Konkurrenz der Institutionen	6
Herausforderung 2: Zersplitterte Kompetenzen in Europa-Fragen	7
Herausforderung 3: Vorhandene Kommunikationskanäle nutzen	8
Herausforderung 4: Netzwerke verstehen lernen	10
Herausforderung 5: Vernetzung innerhalb der Parteien	10
Herausforderung 6: Gemeinsam die Zukunft gestalten	11
Ausblick und Empfehlungen	12
Anmerkungen.....	14

Auf verschiedenen Umlaufbahnen

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags und des Europäischen Parlaments müssen besser zusammenarbeiten

von Agnieszka Łada

Einführung

In der Schuldenkrise hat neben der Bedeutung der nationalen Regierungen der EU-Mitgliedstaaten auch die der nationalen Parlamente zugenommen. Die klassischen Parlamentsfunktionen, vor allem Kontrolle und Gesetzgebung, sind mehr denn je mit den europäischen Entscheidungsprozessen verbunden, insbesondere in der Eurozone. Exemplarisch für diese Entwicklung steht der Deutsche Bundestag, der vor allem nach den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts in Europa-Fragen an Bedeutung gewonnen hat. Für die direkt gewählten Repräsentanten des deutschen Volkes sind vor allem die Beziehungen mit den Mitgliedern des Europäischen Parlaments (EP) wichtig, nimmt doch die Kompetenz auch des EP in der EU zu. Doch während Aspekte der Europäisierung des deutschen Parlaments für den interessierten Beobachter einfach zu verfolgen und bekannt sind, bleibt das Wechselspiel zwischen den nationalen und den europäischen Parlamentariern bislang eher unbeachtet.

Doch lohnt es sich gerade jetzt, dies genauer zu untersuchen, weil in den kommenden zehn Monaten sowohl Bundestagswahlen (September 2013) als auch Europawahlen (Mai 2014) stattfinden werden. Angesichts des oft beklagten Demokratiedefizits auf nationaler und EU-Ebene in Europa-Fragen ist es eine brennende Frage, ob und wie die beiden Gruppen direkter Vertreter der EU-Bürger zusammenarbeiten und sich um deren Interessen kümmern.¹

Wachsende Rolle der Parlamente

Der Vertrag von Lissabon hat das Europäische Parlament in den europäischen Entscheidungsprozessen

deutlich gestärkt.² Es hat jetzt etwa ein Mitentscheidungsrecht bei allen Fragen des Binnenmarkts. Ohne seine Genehmigung darf kein Jahreshaushalt und auch kein mehrjähriger europäischer Finanzrahmen in Kraft treten. So müssen sich inzwischen die Regierungen im Ministerrat bemühen, Kompromisse mit den Europa-Abgeordneten zu finden.

Andererseits sollen auch die nationalen Parlamente laut Lissaboner Vertrag mehr Gewicht bekommen. Sie haben jetzt vor allem die Möglichkeit, in einer begründeten Stellungnahme gegenüber dem Präsidenten des Europäischen Parlaments und der Kommission zu einem Gesetzgebungsakt darzulegen, weshalb ein eingebrachter Entwurf nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar sei. Dazu erhalten nationale Parlamente zugleich mit dem Europäischen Parlament die Entwürfe für Rechtssetzungsakte aus der Europäischen Kommission.

Dazu kommt, dass die Rechtsprechung des deutschen Bundesverfassungsgerichts in den letzten Jahren die Rolle des Bundestags in der EU-Politik nachdrücklich aufgewertet hat.³ Diese Rechtsprechung hat dazu geführt, dass ein entsprechendes Gesetz, wonach das Parlament umfassende Informationsrechte bekommen hat, vor kurzem in Kraft getreten ist.⁴ Der Bundestag hat jetzt mehr Mitwirkungsrechte, die dazu führen, dass die MdB sich besser in EU-Angelegenheiten auskennen, aber auch mehr Verantwortung für die Kontrolle europäischer Entscheidungen übernehmen müssen. Das zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, als sich der Bundestag während der Euro-Krise regelmäßig nicht nur in den Ausschüssen, sondern auch im Plenum mit Europa-Fragen beschäftigen musste. So waren die MdB etwa verpflichtet, die Finanzhilfen für Griechenland⁵ oder Zypern⁶ zu billigen. Der Bundestag musste der Bundesregierung auch

grünes Licht für ihre Zustimmung zur Übertragung der europäischen Bankenaufsicht auf die Europäische Zentralbank (EZB) geben.⁷

Um diese aufgewertete Rolle angemessen ausüben zu können, müssen sich die nationalen Abgeordneten frühzeitig und umfassend über die Gesetzgebungsverfahren auf der EU-Ebene informieren und sich entsprechend positionieren. Austausch und Koordination mit den Abgeordneten im EP, wo die Debatten und Gesetzgebungsverfahren in der Regel früher als in nationalen Hauptstädten stattfinden, ist deshalb geboten. Natürlich sind die Mitglieder des Europäischen Parlaments Vertreter aller Bürger der EU und sollten deshalb kein Lobbying für die Interessen des Heimatlandes betreiben. Die MdEP vertreten aber entgegen der reinen Lehre oft auch nationale Interessen. Sie können so einerseits den anderen Europa-Abgeordneten ihre nationalen Sichtweisen erklären und andererseits die europäischen Debatten »nach Hause tragen«.

Zugleich geben die nationalen Regierungen, versammelt im Europäischen Rat und in den Ministerräten, ihre Befugnisse nicht gerne an andere Institutionen ab – auch nicht an das EP oder an die nationalen Parlamente. Das kann zu Konkurrenz zwischen Regierungen und ihren nationalen Parlamenten führen oder auch zwischen Regierungen und dem EP. Die Zusammenarbeit und der Austausch bringt deshalb auch für die Parlamentarier beider Ebenen Vorteile und stärkt ihre Rolle gegenüber den Regierungen.⁸

In den Parlamenten in Berlin oder auch Straßburg und Brüssel wurde bereits eine Reihe von Verfahren ausgearbeitet, um eine bessere Kooperation zu ermöglichen. Dabei treffen die nationalen und europäischen Parlamentarier noch auf sechs große Herausforderungen, die im Folgenden erörtert werden.

Herausforderung 1: Konkurrenz der Institutionen

Die erste Herausforderung besteht in der Konkurrenz zwischen den Institutionen. Das Selbstverständnis und das Image der nationalen Parla-

mentarier auf der deutschen politischen Bühne unterscheiden sich von dem ihrer Kollegen aus dem EP. Zugleich sind nicht alle MdB Experten in EU-Fragen. Um die Zusammenarbeit in der Europa-Politik zu verbessern, müssen diese Diskrepanzen überwunden werden.

Europäisches Parlament – Abstellgleis für nationale Politiker?

In Deutschland gehören die EU-Abgeordneten bis auf einige namhafte Ausnahmen (wie etwa Martin Schulz, SPD, Elmar Brok, CDU, Alexander Graf Lambsdorff, FDP, Lothar Bisky,⁹ Die Linke) zu den im Lande selbst kaum präsenten Politikern. Die MdEP sind, vor allem in der Innenpolitik, oft wenig präsent. Selbst in Fragen der Außenpolitik trifft dies zu, abgesehen von den oben genannten »Stars«. Sie werden selten von den Medien zitiert, wodurch sie für die Bürger eher unbekannt bleiben. Einige sitzen schon seit Jahren im EP, sind Europa-Experten und leisten eine häufig sehr gute Arbeit in den EU-Strukturen. Sie konzentrieren sich auf eng umgrenzte Themen und sind in ihren Bereichen in Brüssel gut vernetzt. Das unterstützt sie jedoch nicht dabei, Rang und Namen in der nationalen Politik zu erringen. Die Wahl in das EP bedeutet für einen Politiker bisher eher den Abstand von der Politik im Heimatland. Die Parteien schicken gelegentlich auch Abgeordnete nach Brüssel, die in Deutschland nicht mehr »bequem« sind oder auch deren Zeit schon dem Ende zugeht. Sie sitzen danach ab und zu in Parteigremien, vertreten die Partei aber nicht als ihre wichtigsten Repräsentanten. Die Mitglieder des Bundestags haben in der Gesellschaft einen viel höheren Stellenwert als die MdEP, was mit dazu beiträgt, dass die beiden Seiten nicht immer intuitiv bereit sind, vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.

Fehlende Europa-Kenntnisse und mangelndes Bewusstsein zu Hause

Andererseits gewinnt der Bundestag immer stärker an Bedeutung in Europa-Fragen, was die Bundestagsmitglieder gerne besonders hervorheben. Deshalb haben die MdEP auch ein Interesse daran, enger mit der Hauptstadt verbunden zu sein, um nicht marginalisiert zu werden. Am Ende

fehlen aber nicht selten die Ansprechpartner. Im Bundestag gibt es Politiker, die sich stärker mit europäischen Fragen beschäftigen, und solche, die geringere bis gar keine EU-Kompetenz besitzen. Bei wichtigen Abstimmungen im Plenum mögen sie die wachsende Rolle ihrer Kammer unterstreichen. Im Alltagsleben des Bundestags, vor allem in der Arbeit der Fachausschüsse, fehlt ihnen aber oft noch immer das generelle Bewusstsein, dass heutzutage fast alle Politikbereiche stark mit der Europa-Politik verbunden sind, oder, anders gesagt, dass die Europa-Politik ein Querschnittsfeld von verschiedenen Fachpolitiken darstellt. So hat nicht (mehr) der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (EU-Ausschuss) die federführende Rolle bei verschiedenen EU-Fragen inne. Insoweit sollten sich alle Abgeordneten zumindest in einem gewissen Umfang mit den europäischen Aspekten ihrer Spezialisierung auskennen und sich entsprechend informieren. Das gleiche gilt für ihre Mitarbeiter, die oft nur wenig darüber wissen, wie die Prozesse in Brüssel ablaufen. Ohne die Kenntnis der EU-Strukturen und der dortigen Zeitabläufe können sie sich nur schwer zur richtigen Zeit und beim richtigen Akteur informieren oder beraten lassen oder auch eine Initiative des MdB vorstellen. Auch dies kann die Kommunikation zwischen den MdB und den MdEP erschweren.

Herausforderung 2: Zersplitterte Kompetenzen in Europa-Fragen

Die auf verschiedene Bundestagsausschüsse aufgeteilte Europa-Kompetenz stellt eine weitere Herausforderung dar. Es ist zwar richtig, dass nicht alle Themen vom EU-Ausschuss,¹⁰ sondern eher von Fachpolitikern bearbeitet werden, weil sie das Wissen im jeweiligen Bereich haben und der EU-Ausschuss mit allen Detailfragen überfordert wäre. So sind beim EU-Ausschuss vor allem die Grundsatzfragen der Integration, der Erweiterung der EU und der Außenbeziehungen der EU geblieben. Der Haushalts- oder auch der Finanzausschuss haben im Zuge der Krise deutlich an Relevanz gewonnen und üben heutzutage die federführende Rolle zum Beispiel bei EU-Fragen wie dem mehrjährigen Finanzrahmen oder der Entwicklung der Banken-

union aus. Diese zwei Ausschüsse haben in den letzten Jahren die Hauptentscheidungen getroffen und so den EU-Ausschuss politisch immer mehr marginalisiert. Aber auch andere Ausschüsse, bis hin zum Bereich des Sports, müssen mittlerweile Entscheidungen treffen, die mit laufenden EU-Integrationsprozessen verbunden sind.

Zudem haben die Fachausschüsse die vorrangige Zuständigkeit für die Subsidiaritätsrüge. Genau hier treten Schwierigkeiten auf. Wie bereits erwähnt, fehlt den MdB oft das Bewusstsein dafür, welche Bedeutung Europa-Fragen in ihrem Bereich haben. Außerdem vernachlässigen sie die EU-Fragen, weil sie die nationalen Themen, die ihrer Meinung nach von größerem Interesse für Medien und Bürger sind, bevorzugen. Auch die Mitarbeiterstrukturen in den Ausschüssen sind oft nicht dem Kompetenzzuwachs angepasst. Entsprechende Reformen sind aber im Bundestag gegenwärtig im Gang, so dass die Abgeordneten mit besser qualifizierten Mitarbeitern ausgestattet werden. Bei den Subsidiaritätsfragen fehlt aber vielen Mitgliedern und Mitarbeitern von Fachausschüssen das Wissen, wie das Verfahren abläuft. Am Ende fällt dabei Vieles schlicht unter den Tisch.

Während die Fachausschüsse an Bedeutung gewinnen, öffnet sich für sie aber keine formelle Möglichkeit, sich enger und direkt im Bundestag mit den Kollegen aus dem EP auszutauschen. Denn dies findet nur im EU-Ausschuss statt. Dort haben MdEP das Recht, an Sitzungen teilzunehmen.¹¹ Da andere Ausschüsse hinter verschlossenen Türen tagen, haben die MdEP dort keinen formell geregelten Zugang zu Diskussionen und Entscheidungsprozessen.

Die Mitwirkungsberechtigung im EU-Ausschuss ist in ihrer aktuellen Form auch nicht optimal. Erstens sind nur 16 Mitglieder des EPs zur Teilnahme berechtigt. In der laufenden Wahlperiode sind dies 7 Parlamentarier aus der CDU/CSU, 4 aus der SPD, 2 jeweils aus der FDP und Bündnis 90 / Die Grünen sowie eine Person aus Der Linken. Es stellt sich dabei die Frage, wieso nicht alle MdEP das Recht haben können, zu der Sitzung zu kommen, um sich auszutauschen, vor allem, wenn eine große Bandbreite von Themen bearbeitet wird.

Die in der Bundestagssatzung enthaltene Regel erlaubt den nach Quotenprinzipien von den Fraktionen ausgewählten und vom Bundestagspräsidenten ernannten MdEP, an jeder Sitzung des Ausschusses teilzunehmen. Sie können alle Dokumente, die den MdB zur Verfügung stehen, bekommen. In den Sitzungen haben sie Rederecht, jedoch nur im Rahmen der Zeit, die ihrer Bundestagsfraktion zur Verfügung steht. Abstimmen dürfen sie allerdings nicht. Für die Teilnahme an den Sitzungen bekommen sie keine zusätzliche Vergütung. Die MdEP kommen aber eher selten zu den Sitzungen des Ausschusses. Ein Grund der niedrigen Anwesenheitsraten ist, dass die Sitzungen des EU-Ausschusses immer mittwochs stattfinden, also zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die MdEP fast immer in Brüssel oder Straßburg befinden. Wiederum werden die Themen, die man im Bundestag diskutiert, oft bereits zuvor im EP erörtert, so dass ein Meinungsaustausch für die MdEP nicht mehr so sehr von Bedeutung ist. Der Zeithorizont ist zu unterschiedlich.

Herausforderung 3: Vorhandene Kommunikationskanäle nutzen

Diese Zeitperspektive auszugleichen ist eine der wichtigsten Aufgaben des Bundestagsbüros in Brüssel sowie der Europa-Büros in Berlin.

Um die Mitglieder des Bundestags entsprechend über die EU-Angelegenheiten zu informieren, wurden seit 2005 konkrete Maßnahmen in der Bundestagsverwaltung ergriffen. Der damals gegründete Aufbaustab für Europa wurde danach in ein Referat umgewandelt. Im Jahr 2007 wurde zusätzlich ein Verbindungsbüro des Bundestags in Brüssel eingerichtet.

Außer den Bundestagsbeamten, die vor allem Sachinformationen in Form eines Newsletters weiterleiten und Reisen von MdB nach Brüssel organisieren, sitzen in diesem Büro auch Fraktionsvertreter, die von der Bundestagsfraktionen bezahlt und angestellt werden. Die Anwesenheit von Fraktionsmitarbeitern macht den deutschen Fall so einzigartig. Kein anderes Land hat ein ähnliches Instrument aufgebaut. Andere EU-Mitgliedstaaten

haben gerade mal ein oder zwei Mitarbeiter, die in den EP-Gebäuden ein Büro haben. Jeder deutschen Fraktion ist es freigestellt, wie viele Leute – momentan sind es 1 bis 4 Personen – sie einsetzt und welche Aufgaben sie ihnen überträgt. Diese Mitarbeiter liefern politische Einschätzungen, die die durch die Beamten verschickten Informationen ergänzen. Sie machen Vorschläge, welche Fragen für die Fraktion wichtig sein könnten, und empfehlen, was die MdB gegenüber der Regierung machen können, um Synergieeffekte zwischen der europäischen und der deutschen Politik zu schaffen. Dabei wählen sie die Themen aus, die für die Partei gerade eine besondere Bedeutung haben. Um seine Aufgaben wahrzunehmen – informieren, beraten und vernetzen –, reist der entsprechende Vertreter für die Sitzungswochen nach Berlin. Die Frage, in wieweit diese Informationen wirklich genutzt werden, ist jedoch nur schwer messbar. In Gesprächen in Berlin und Brüssel waren die Meinungen dazu recht unterschiedlich.

Die Dienstleistungen, die das Büro des Bundestags anbietet, werden nur vom Bundestag und seinen Mitgliedern genutzt. Der Regierungsverwaltung steht die Ständige Vertretung für die Kontakte mit dem EP zur Verfügung. Umgekehrt aber liefert das Verbindungsbüro die Dokumente aus den Ministerien an die MdB.

Eine ähnliche Funktion wie die Fraktionsvertreter im Verbindungsbüro in Brüssel haben Mitarbeiter der deutschen Fraktionen aus dem Europäischen Parlament in Berlin. Die sogenannten Europa-Büros von CDU/CSU, SPD und FDP¹² dienen dazu, Kontakte zu knüpfen, möglichst schnell inhaltliche Punkte zu identifizieren und zu kommentieren sowie beide Seiten auf dem Laufenden zu halten. Ihre Aufgabe ist es auch – neben der Weiterleitung von Informationen aus dem Bundestag nach Brüssel –, Reisen von MdEP nach Berlin zu unterstützen. In diesem Fall geht es aber weniger um logistische Arbeit, sondern vielmehr um eine inhaltliche Beratung. Die Fraktionsmitarbeiter in beiden Städten, Berlin und Brüssel, organisieren aber auch gemeinsame Sitzungen von Bundestagsmitgliedern, EU-Abgeordneten und Landespolitikern aus der eigenen Partei. Im Fall der CDU/CSU sind es so genannte »Koordinierungsgruppen« zu

verschiedenen Fachthemen (zum Beispiel: Wirtschaft, Energie, Inneres und Recht), die mindestens zwei Mal pro Jahr, oft auch häufiger tagen. Die SPD hat eine EU-Arbeitsgruppe, Die Grünen haben ein »Europa-Bund-Land-Treffen« und die FDP die so genannte »Arbeitsgruppe Querschnitt EU«, die alle mehrmals pro Jahr zusammen kommen. Alle paar Wochen wird dann ein konkretes Thema besprochen, so dass entsprechende Fachpolitiker sich besser austauschen und informieren können. Diese Termine dienen aber auch dazu, politische Entscheidungen zu organisieren. Die Auseinandersetzungen, zu denen es dabei kommen kann, verändern das Bewusstsein auf beiden Seiten. Außer diesen Terminen gibt es nicht viele Möglichkeiten, sich persönlich zu treffen. Das Angebot – keine Pflicht –, an diesen Sitzungen teilzunehmen, nutzen aber bisher eher wenige MdB und MdEP. Als Grund dafür wird der enge Terminkalender der Abgeordneten genannt.

In Berlin wie in Brüssel kümmern sich die Fraktionsmitarbeiter vor allem um den Informationsaustausch. Auch wenn viele noch zurückhaltend äußern, sie hätten keinen Anspruch auf einen direkten Einfluss auf die Meinungen und Entscheidungen der Kollegen im Bundestag oder EP, ist gerade ihre politische Rolle sehr wichtig. Sie sind nämlich diejenigen, die die Abgeordneten auf beiden Ebenen darauf aufmerksam machen können, welches für die eigene Partei wichtige Thema gerade von dem anderen Parlament erörtert wird, und Vorschläge unterbreiten, wie man sich einbringen könnte. Das unterscheidet sie von Verwaltungsbeamten sowohl im Verbindungsbüro in Brüssel als auch im Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Berlin. Ihre Aktivitäten sind aber immer noch weit von einer Koordinierung gemeinsamer Maßnahmen entfernt, obwohl dies eines der erwähnten Ziele der Europa-Büros ist.

Die zwei anderen EP-Fraktionen – Die Grünen und Die Linke – haben keine Europa-Büros im Sinne einer Koordinationsstelle in Berlin. Im Bundestag sitzen »normale« Mitarbeiter der MdEP. Auch hier gibt es aber Unterschiede.

Die Grünen sind die einzigen MdEP, die ihre Mitarbeiter im Bundestag nicht als Europa-Büro orga-

nisieren (10 von insgesamt 14 MdEP). Eine Person arbeitet fast immer für zwei EU-Abgeordnete. Anders als in den anderen Parteien stehen diese Assistenten nur ihren Chefs und nicht der ganzen Fraktion zur Verfügung, was die Arbeit erleichtert und zu mehr Zielorientierung beiträgt. Auch sie wollen dem Bundestag nahe sein, um von seiner Arbeit mehr mitzubekommen. Da sie aber nur eine kleine Gruppe bilden, brauchen sie weniger Koordination. Diese wird einerseits von einer Mitarbeiterin der EP-Fraktion in Brüssel geleistet. Diese Stelle kann man mit den Aufgaben eines Europa-Büros vergleichen. Im Unterschied zu diesen ist die Mitarbeiterin allerdings in Brüssel verankert und reist regelmäßig nach Berlin. Andererseits gibt es in der Bundestagsfraktion eine Koordinierungsstelle. Diese Person sitzt in Berlin und hält engen Kontakt mit der Bundestags- und der EP-Fraktion sowie den Kollegen in Brüssel.

Nur drei von acht Mitgliedern des EP, die von Der Linken kommen, haben ihre Mitarbeiter im Bundestag. Sie sind bisher kaum sichtbar und werden noch nicht als besondere Kontaktpersonen in Berlin oder im nationalen Parlament wahrgenommen, obwohl die Anwesenheit vor Ort hilfreich ist und Spielräume zwischen Berlin und Brüssel bzw. Straßburg schafft.

Es stellt sich die Frage, welche Lösung – Europa-Büros oder einzelne Mitarbeiter – effizienter ist. Natürlich ist es immer besser, wenn ein Mitarbeiter nur zwei bis drei Abgeordneten zur Verfügung steht: Dann kann inhaltliche Arbeit wirkungsvoll geleistet werden. Andererseits ist es bei zahlreichen Fraktionen viel wichtiger, die Arbeit der Mitglieder zu koordinieren und sich mehr um die Kommunikation zu kümmern. Ein gemeinsames Büro für die ganze Fraktion sei dann effektiver, als einzelne MdEP-Mitarbeiter zu haben, so wurde oft gesagt.

Deshalb ist auch die Beurteilung der Arbeit der Europa-Büros sowie der Mitarbeiter der MEP unterschiedlich. Vor allem wissen noch immer nicht alle Bundestagsmitarbeiter, dass die MdEP ihre Vertreter – in welcher Form auch immer – im Bundestag haben. Wie unbekannt sie oft sind, kann man sehr gut bei einem Besuch in diesen Büros feststellen. Sogar den Pförtnern ist es nicht immer

klar, dass in ihrem Gebäude EP-Mitarbeiter sitzen, und die Listen mit ihren Telefonnummern liegen verstaubt am Rand. Falls jemand überhaupt weiß, dass so ein Büro existiert, hat er eher wenig Kontakt mit ihm und nutzt dessen Arbeit selten. Es hängt jeweils vom einzelnen Abgeordneten und seinem Fachgebiet ab, ob das Frühwarnsystem, das die EP-Mitarbeiter in Berlin und die Bundestagsmitarbeiter in Brüssel anbieten, von der anderen Seite benutzt wird.

Herausforderung 4: Netzwerke verstehen lernen

Dieses Frühwarnsystem wird auch deshalb nicht effektiv genug benutzt, weil die Mitglieder des Bundestags und ihre Mitarbeiter oft die Prozesse in Brüssel noch zu wenig kennen und dort nicht richtig vernetzt sind. Hier spielen sicher auch die unterschiedlichen Zeithorizonte eine wesentliche Rolle.

Um einen besseren Austausch zwischen den MdB und MdEP zu ermöglichen, tagt der EU-Ausschuss auch einmal pro Jahr in Brüssel. Es kommen in der Regel etwa ein Drittel seiner Mitglieder, was im Vergleich zu anderen Sitzungen in anderen Ländern eine recht hohe Quote bedeutet. Die Fachausschüsse halten keine Sitzungen in Brüssel ab, was bei dem Kompetenzzuwachs in Europa-Fragen nicht optimal ist.

Alle MdB haben jedoch fast unbegrenzte Möglichkeiten, nach Brüssel zu reisen, weil diese Reisen wie die innerhalb Deutschlands abgerechnet werden. Ein Abgeordneter muss also niemanden um Erlaubnis bitten, wenn er auf Bundestagskosten nach Brüssel fliegen möchte. Die Bewilligung für andere Auslandsreisen muss er dagegen beantragen. Wie viele MdB regelmäßig nach Brüssel kommen, ist laut den geführten Gesprächen aber schwer einzuschätzen. Manche meinen, es seien viel zu wenige Besuche aus dem Bundestag. Andere stoßen fast jede Woche auf einen MdB, der nach Brüssel kommt, um sich – unter anderem – mit den Kollegen aus dem EP auszutauschen. Normalerweise trifft er sich dann mit Politikern aus der eigenen Partei. Insbesondere Ausschussvorsitzende nehmen

jedoch auch Termine mit MdEP aus anderen Fraktionen wahr.

Die gleichen Regeln für Dienstreisen gelten für die Mitarbeiter der MdB. Für sie wäre ein Aufenthalt in Brüssel besonders vorteilhaft, wenn er als eine Studienreise stattfindet. Es wurden schon solche Reisen organisiert, aber dies ist eher auf die persönliche Initiative von Mitarbeitern aus dem Bundestag zurückzuführen und nicht die Regel. Besuche bei Kollegen aus dem EP, Europäischer Kommission, sowie Think-Tanks in Brüssel wurden als sehr informativ gelobt. Sie werden aber langfristig nicht ausreichen, wenn sie keine Pflichtveranstaltung sind und nicht fest in den Dienstabläufen verankert werden.

Andererseits absolvieren die Mitarbeiter der MdEP auch keine Schulungen in Berlin. Dies würde es ihnen ermöglichen, die Arbeitsweise des Bundestags besser kennen zu lernen. Generell könnten beide Seiten zum Beispiel erfahren, dass die Kommunikation in Berlin und Brüssel nicht nur wegen verschiedener Strukturen unterschiedlich verläuft. Die politische Kultur ist in beiden Städten ganz anders – in der EU-Hauptstadt ist sie informeller. Die geknüpften Kontakte würden es auch ermöglichen, öfter auf der Mitarbeiterebene zu kommunizieren. Was schon bei den Politikern kaum der Fall ist, geschieht bei den Mitarbeitern bislang noch viel seltener.

Herausforderung 5: Vernetzung innerhalb der Parteien

Der Austausch zwischen den Politikern kommt vor allem innerhalb der Parteien zu Stande. So hilft es natürlich sehr, wenn ein MdEP im Parteivorstand sitzt. Er bekommt dann viel leichter mit, was in Berlin entschieden wird, und kann auch eigene Beobachtungen aus dem EP mitteilen. Bei allen Parteien sitzen einzelne MdEP in den höchsten Parteigremien. Zum Beispiel sind in der CDU Elmar Brok und Peter Liese gewählte Mitglieder des Bundesvorstands, bei Der Linken Sabine Loeising und Sabine Wils, bei Den Grünen hat Rebecca Harms diese Stelle im Parteirat inne. Bei der SPD ist Martin Schulz Beauftragter des SPD-Partei-

vorstands für die EU, und im Präsidium der FDP sitzt Alexander Alvaro. In den Parteien ist jedoch zu hören, dass die Personen diese Stellen nicht aufgrund ihrer Posten als Europa-Abgeordnete bekommen haben, sondern ganz normal gewählt wurden. Die Rolle im EP habe dabei geholfen, ein Automatismus herrsche hier aber nicht. Für alle ist es aber klar, dass die Stimmen der Kollegen aus Brüssel berücksichtigt werden sollen, wenn ein Parteigremium tagt. So steht bei den Grünen immer ein Punkt »Bericht aus Brüssel« auf der Agenda.

Das Interesse an diesem Austausch kann jedoch auf beiden Seiten unterschiedlich sein. Eine Rolle spielt hier, ob die Partei gerade in der Regierung oder in der Opposition ist. Theoretisch soll es im Interesse der Regierung liegen, möglichst eng mit den deutschen MdEP zusammenzuarbeiten, um ihre Kontakte in Brüssel zu nutzen, sich beraten zu lassen oder die eigene Sichtweise weiterzugeben. Das ist aber nur begrenzt der Fall. Auf der EU-Ebene stehen nämlich die nationalen Regierungen, versammelt im Ministerrat, nicht selten in Opposition zum Europäischen Parlament. Das heißt, dass die Regierung nicht immer den EU-Abgeordneten im Voraus ihre Strategie verraten will, selbst wenn es Vertreter der eigenen Partei sind. So werden zum Beispiel nicht immer entsprechende Dokumente geliefert. Dann ist man auch auf der Parteiebene zurückhaltend.

Für die Opposition eröffnet sich im Gegenzug manchmal die Möglichkeit, über die Brüsseler Schiene die Gesetzgebung zu beeinflussen. So lohnt es sich sogar öfter, für eine gemeinsame Stimme zu arbeiten, um dann mittels des EP eigene Interessen durchzusetzen.

Herausforderung 6: Gemeinsam die Zukunft gestalten

Letzten Endes sollte das gemeinsame Handeln der EP- und der Bundestagsabgeordneten unter Beweis gestellt werden können. Einerseits soll es zum täglichen Geschäft gehören, dass die Politiker aus dem EP und dem Bundestag sich austauschen und konsultieren, wenn sie in einem gemeinsamen

Themenfeld tätig sind. Zudem könnten sie in der Öffentlichkeit nachdrücklicher mit einer gemeinsamen Stimme auftreten. Das wäre aus zwei Gründen besonders wichtig. Erstens würde es bedeuten, dass es zwischen den beiden Gruppen zu einem echten Austausch kommt. Die Vorbereitung etwa eines gemeinsamen Papiers verlangt doch einige Konsultationen und Überlegungen. Zweitens wäre es von besonderer Bedeutung für die Stärkung der Demokratieprozesse in Europa, wenn die Bürger sehen könnten, dass ihre Vertreter sich auf verschiedenen Ebenen verständigen und der Bevölkerung mitteilen, welche Meinung sie zu bestimmten Themen vertreten. Es ist die Aufgabe der Politik, sich an die Bürger mit eigenen Stellungnahmen, Erklärungen zur aktuellen Situation oder Ideen für die Zukunft zu wenden. Wenn man nicht will, dass den Europäern Europa immer ferner rückt, sollte man sie direkt ansprechen.

Diese gemeinsamen Vorhaben gibt es aber noch zu wenig. Viele Gesprächspartner konnten keine Beispiele von gemeinsamen Aktionen oder Stellungnahmen nennen. Das Papier von Dietmar Nietan, MdB, und Wolfgang Kreisler-Dörfler, MdEP, zum Thema Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik ist hier eher die Ausnahme als die Regel.¹³ Das gleiche kann man über ein gemeinsames internes Strategiepapier zweier führender Außenpolitiker der CDU im EP und im Bundestag zum Thema Ostpolitik sagen. Es ist wahrscheinlich eher deshalb zustande gekommen, weil die beiden Abgeordneten hohe Positionen in ihrer Partei einnehmen. Andererseits wurde die Resolution des EP zum Thema Russland nicht vorher mit den MdB abgesprochen, auch wenn der Bundestag im November 2012 einen ähnlichen Text¹⁴ verabschiedet hat, der auch in den Kreisen von Ostpolitikexperten Aufsehen erregte, da das Dokument von Anfang an viele Kontroversen verursacht hat.

Gründe für diesen Mangel an Kooperation sind unterschiedlich. Bei dem einen ist es der fehlende Wille oder das fehlende Bewusstsein, dass Austausch und Zusammenarbeit zwischen der nationalen und europäischen Ebene nötig ist, bei wieder anderen der Zeitmangel. Nicht ohne Bedeutung ist auch die Konkurrenz zwischen den MdB und den MdEP. Zum Beispiel bei der Wahlbeobachtung in

Osteuropa besteht eine gewisse Rivalität dabei, ob ein MdEP oder ein MdB öfter in den Medien auftritt. Aus dem gleichen Grund ist das gemeinsame Verfassen von Pressemeldungen eher schwierig. Aber die Meinungen sind nicht nur zwischen MdB und MdEP unterschiedlich, sondern spalten die Abgeordneten auch innerhalb der beiden Gruppen.

Ausblick und Empfehlungen

Die hier analysierten Prozesse und Strukturen zeigen, dass die Kommunikation zwischen Bundestag und Europäischem Parlament auf verschiedenen Ebenen und über verschiedene Kanäle verläuft. Eine Ebene stellen dabei die Verwaltung und die dazu verankerten formellen Regeln dar. Die zweite Ebene bilden politische Kontakte, die zwischen nationalen und Europa-Abgeordneten bestehen.

Auch wenn die Strukturen, die seit Jahren aufgebaut werden, wichtig erscheinen, am Ende ist es doch eher von den Abgeordneten – sowohl den europäischen als auch den nationalen – selbst abhängig, ob sie mit ihren Kollegen im Kontakt bleiben. Die Strukturen können hier nur helfen, man muss sie aber auch praktisch nutzen können und wollen.

Unabhängig von allen vorhandenen Lösungen festigt sich gegenwärtig der Eindruck, es seien zwei verschiedene Umlaufbahnen, auf denen beide Gruppen kreisen. Die Mitarbeiter der Fraktionen in Berlin und Brüssel sind dann wie Satelliten, die zwischen diesen zwei Umlaufbahnen eine Verbindung gewährleisten und alles im Auge behalten sollen. Das reicht aber nicht aus, um die Umlaufbahnen nachhaltig zu verbinden, wie es heute notwendig ist. Die zunehmende Europäisierung der Politik auf der nationalen Ebene macht es aber für beide Seiten erforderlich, die Koordination ernsthafter wahrzunehmen. Dies ist seit der Eurokrise zunehmend der Fall, die Zusammenarbeit ist jedoch deutlich ausbaubar.

Um dies zu ermöglichen, sollten bestimmte Maßnahmen ergriffen werden. Einige von diesen Lösungen können ohne große Umstände eingeführt werden, andere brauchen längere Zeit und höheren Aufwand. Die neue Legislaturperiode, die im Herbst im Deutschen Bundestag beginnt, moti-

viert dazu, sich Gedanken zu machen, was notwendig wäre, um die Zusammenarbeit zu verbessern.

- Austausch als Mehrwert betrachten

Zuvörderst muss es allen Seiten bewusst sein, wie wichtig der Austausch zwischen den MdB und MdEP ist und dass dieser einen Mehrwert für ihre Tätigkeit darstellt. Wenn der Wille zur Zusammenarbeit breit vorhanden ist, können auch die Strukturen besser genutzt werden.

- Gegenseitige Sensibilität vergrößern

Die Sensibilität der Politiker in Fachausschüssen für EU-Themen sollte vergrößert werden. Doch steht zu erwarten, dass mit der zunehmenden Bedeutung der Bundestag in EU-Fragen auch dessen Mitglieder in dieser Problematik mehr und mehr Kenntnisse gewinnen werden. Die Aufsehen erregenden Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts sind hier hilfreich, weil sie das Interesse der Medien wecken.

- Europäisierung der Parteien

Es ist zu empfehlen, dass die MdB bei jeder Fraktionssitzung eine Art »Bericht aus Brüssel« erhalten. Außerdem sollen die schon existierenden Möglichkeiten – und zwar die Treffen für die MdB und MdEP – noch öfter und ernsthafter von beiden Seiten genutzt werden, um sich enger abzustimmen und um als Partei mit einer Stimme zu sprechen. Eine bessere Abstimmung von Terminen ist eine schwierige Aufgabe, aber – wie es einige der Beispiele gezeigt haben – durchaus machbar. Die Fraktionen sollten sich dessen bewusst werden, dass in Brüssel auch nationale Politik gemacht wird und dass die Entscheidungen früher oder später die nationale Ebene betreffen werden.

- Erhöhung von Kompetenzen und Vernetzung der Mitarbeiter

Es ist sicherlich ratsam, dass Fraktionen vertrauenswürdige Mitarbeiter haben, die beraten, darauf achten, was auf beiden Ebenen gerade läuft, und die entsprechend vorausschauend reagieren. Ihre Ansiedlung bei den Fraktionen ist daher sinnvoll. Heutzutage kann es kein Politiker schaffen, immer

alle Entwicklungen selbst zu verfolgen. Entsprechende finanzielle Mittel für Mitarbeiter dürfen deshalb nicht fehlen. Außerdem muss für alle anderen Parteivertreter in Berlin oder Brüssel verpflichtend gelten, dass sie zu allen möglichen Netzwerkveranstaltungen automatisch eingeladen werden, einen Zugang zu allen internen Informationen der Fraktion aus den jeweiligen Parlamenten und Anspruch auf die richtige Büroausstattung haben. Es ist auch notwendig, sowohl die Bundestagsverwaltung als auch die Büros der MdB besser auf die Arbeit der Europa-Büros aufmerksam zu machen.

Um die Kompetenzen der Mitarbeiter zu erhöhen, sollten im Rahmen jeder Partei obligatorische Studienreisen der Mitarbeiter der MdB nach Brüssel bzw. Straßburg und der Mitarbeiter der MdEP nach Berlin stattfinden. Diese sollen dazu dienen, Informationen zu bekommen, wie die andere Institution arbeitet, aber auch Netzwerke auf- und auszubauen. Zugleich sollten entsprechende Kontaktlisten auf beiden Seiten vorbereitet werden. Die Mitarbeiter aus beiden Parlamenten sollen sich dabei auch persönlich treffen, um sich kennenzulernen. Um möglichst hohe Offenheit zu gewährleisten, sollen diese Reisen jeweils nur für die Mitarbeiter einer Partei organisiert werden.

- Englisch als Arbeitssprache betrachten

Um die Bearbeitung von Dokumenten zu beschleunigen, sollte es für beide Seiten selbstverständlich sein, dass man auf Englisch arbeitet, Dokumente in dieser Sprache erhält und – wenn nötig – sie auch auf Englisch bearbeitet. So werden zeitliche Verzögerungen vermieden. Auch hier wären entsprechende Kurse empfehlenswert – man kann nicht automatisch erwarten, dass sich die Mitarbeiter in der Brüsseler und Straßburger Fachsprache auskennen.

- Arbeit der Ausschüsse besser strukturieren

Um die Anwesenheitsquoten bei den Sitzungen des EU-Ausschusses zu erhöhen, müsste man den Tag der Sitzung auf Anfang oder Ende der Woche verschieben, so dass die MdEP größere Chancen bekommen, daran teilzunehmen, ohne ihre eigenen Pflichten im EP zu vernachlässigen. Auch wenn es

sehr schwer realisierbar erscheint, sollte ein Austausch nicht an bürokratischen Hürden scheitern.

Außerdem sollen alle MdEP das Recht bekommen, an der Sitzung des EU-Ausschusses teilzunehmen. Der Sorge, dass die Zahl der Sitzplätze nicht ausreicht, kann man ziemlich einfach begegnen. Zum Beispiel könnte eine Regel eingeführt werden, dass bei jeder Sitzung nur einige – proportional nach den Verhältnissen im EP – Vertreter aus jeder EP-Fraktion teilnehmen dürfen. Wer dies sein soll, sollen die Europa-Büros regeln, je nach der Spezialisierung, die dem Thema der Sitzung entsprechen soll.

Andererseits sollte für die MdEP auch die Möglichkeit eröffnet werden, an Sitzungen von Fachausschüssen teilzunehmen und entsprechende Dokumente zu erhalten. In diesem Fall könnte die Zahl der mitwirkungsberechtigten Europa-Abgeordneten auf diejenigen begrenzt werden, die in den entsprechenden Ausschüssen im EP sitzen. Die Fachausschüsse sollten auch die Möglichkeit haben, Sitzungen in Brüssel zu organisieren.

Die Berichterstatter aus dem EP sollten zu den Sitzungen der Ausschüsse, die ihr Fachthema behandeln, eingeladen werden. Dies sollte automatisch stattfinden und ohne Berücksichtigung, aus welcher politischen Familie der Europa-Abgeordnete kommt. Auch hier sind bürokratische Hürden nicht hinzunehmen.

Die Subsidiaritätsrüge sollte in die Kompetenz des EU-Ausschusses fallen. Nur dann kann man das institutionelle Wissen richtig nutzen und professionell sowie zeitgemäß eine Rüge einleiten. Die Fachausschüsse sollen dann entsprechend konsultiert werden. Ohne diese Koordinierungsfunktion würde nämlich der Prozess der Rüge immer wieder neu erlernt werden müssen, und die Termine würden nicht immer eingehalten, weil wertvolle Zeit, um inhaltlich ein Dokument zu überprüfen, für bürokratischen Verfahren verloren geht.

- Eine gemeinsame Stimme erheben

Vor allem im Bereich der Außenpolitik wären gemeinsame Stellungnahmen, unterzeichnet sowohl

von mehreren Mitglieder des EPs als auch des Bundestags, ein wichtiges Signal, dass auch die Parlamentarier innerhalb der EU zunehmend mit einer Stimme sprechen.

Agnieszka Łada ist Leiterin des Europa-Programms am Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau. Im Januar und Mai 2013 war sie im Rahmen eines DAAD-Stipendiums Gastwissenschaftlerin am Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen der DGAP, was diese Arbeit ermöglicht hat.

Anmerkungen

- 1 Der Text beruht auf mehr als 20 Interviews mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments, des Bundestags und ihren Mitarbeitern sowie Beamten in Ministerien, die ihre Handlungspotenziale beschrieben und eingeschätzt haben. Auf dieser Grundlage wurden Schlussfolgerungen und Empfehlungen formuliert.
- 2 Vgl. Stefan Kadelbach (Hrsg.), Europäische Integration und parlamentarische Demokratie, Baden-Baden, 2009; Peter Becker, Andreas Maurer, Deutsche Integrationsbremsen. Folgen und Gefahren des Karlsruher Urteils für Deutschland und die EU (SWP-Aktuell 2009/A 41), Berlin, Juli 2009; Andreas Maurer, Parlamente in der EU, Wien/Stuttgart 2012; ders., Interinstitutionelle Vereinbarungen in der Europäischen Union. Wegbereiter der Verfassungsentwicklung, Baden-Baden 2012.
- 3 Das Thema der wachsenden Rolle des Bundestags wird gerade in Rahmen vielen wissenschaftlichen Vorhaben untersucht, deshalb wird es in dieser Analyse nicht weiter berücksichtigt. Vgl. Christian Callies, Kein Geld ohne Parlament: ESM, Budgetverantwortung und Bundesverfassungsgericht (Bertelsmann Stiftung), Gütersloh 2012; Ch. Callies, Timm Beichelt, Auf dem Weg zum Europäisierten Bundestag: vom Zuschauer zum Akteur? (Bertelsmann Stiftung), Gütersloh 2013; Daniela Kietz, Politisierung trotz Parteikonsens: Bundestag, Bundesrat und die Euro-Krise (Bertelsmann Stiftung), Gütersloh 2013.
- 4 Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union, vom 4. Juli 2013 (EUZBBG) (BGBl. I S. 2170–2175).
- 5 Vgl. Antrag des Bundesministeriums der Finanzen, Änderungen im bestehenden Anpassungsprogramm für Griechenland – Änderung der Garantieschlüssel; Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Deutschen Bundestages nach § 3 Absatz 1 i. V.m. § 3 Absatz 2 Nummer 2 des Stabilisierungsmechanismusgesetzes (StabMechG), Drucksache 17/11647, <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/116/1711647.pdf>> (abgerufen am 29.6.2013).
- 6 Antrag des Bundesministeriums der Finanzen, Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Deutschen Bundestages nach § 4 Absatz 1 Nummer 1 und 2 des ESM-Finanzierungsgesetzes, nach § 3 Absatz 1 des Stabilisierungsmechanismusgesetzes im Rahmen der Haftungsanpassungen nach Artikel 8 Absatz 2 des EFSF-Rahmenvertrages sowie nach § 3 Absatz 1 i. V.m. Absatz 2 Nummer 2 des Stabilisierungsmechanismusgesetzes, Drucksache 17/13060, <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/130/1713060.pdf>> (abgerufen am 29.6.2013).
- 7 Vgl. Bundestag gibt grünes Licht für EZB-Bankenaufsicht, 13.6.2013, <<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/eu-bankenunion-bundestag-gibt-gruenes-licht-fuer-ezb-bankenaufsicht/8348770.html>> (abgerufen am 29.6.2013).
- 8 In der deutschen Europa-Politik spielen auch noch die Landtage eine Rolle. Dieser Aspekt überschreitet aber die Rahmen dieser Arbeit und benötigt eine eigene Analyse.
- 9 Diese Forschungsarbeit wurde im Juli 2013 kurz vor dem Tod von Lothar Bisky fertiggestellt.
- 10 Mehr zum Thema Rechtliche Grundlagen des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union vgl.: Artikel 23 und 45 Grundgesetz; Gesetz über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union vom 22. September 2009 (Integrationsverantwortungsgesetz – IntVG); Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union vom 22. September 2009 (EUZBBG) in der konsolidierten Fassung; § 93b der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages.
- 11 Vgl. § 93b der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages.
- 12 Organisatorisch bekommen sie vom Bundestag Räumlichkeiten und Ausstattung, die aber auch nicht immer ausreichen, vor allem, wenn es um Rechner mit Zugang zu Bundestagsnetzwerk geht. Die Mitarbeiter selbst werden von den EP-Fraktionen bezahlt.
- 13 Dietmar Nietan, MdB, Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP, Nadja Pohlmann u. a., Unsere Verantwortung endet nicht an den Grenzen der EU. Für eine engagiertere Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union (Friedrich-Ebert-Stiftung), Berlin, April 2013.
- 14 Antrag der Fraktionen CDU/CSU und FDP: Durch Zusammenarbeit Zivilgesellschaft und Rechtsstaatlichkeit in Russland stärken, Drucksache 17/11327, 6.11.2012, <<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/113/1711327.pdf>> (abgerufen am 29.6.2013).

